

Friedensvermittler

Neue Organisation „Pour la Paix et contre la Guerre“ stellt sich vor

LUXEMBURG
CHRISTIAN BLOCK

Für den Frieden und gegen den Krieg: Unter diesem Namen gibt es offiziell seit dem 7. Juli dieses Jahres eine neue gemeinnützige Organisation. Sie will einerseits Opfern und Flüchtlingen in Konflikt- und Kriegsgebieten in Europa helfen, sich gleichzeitig aber auch für die Vermittlung einer Friedenskultur und die Verbreitung von gewaltfreien Lösungen für Konflikte, wie sie bestimmte Institute und Experten entwickeln, einsetzen.

Kurz vor dem Millenniumwechsel habe noch eine außergewöhnliche Stimmung vorgeherrsch mit Ausblick auf ein neues Jahrtausend des Wohlstands, Fortschritts und des Friedens. Heute müsse man allerdings „leider feststellen, dass Frieden in Europa weniger sicher erscheint als vor 17 Jahren“, sagte gestern der Präsident der neuen Organisation, Claude Pantaleoni, auf einer Pressekonferenz. Während seiner Ansicht nach wenig in den Medien über den Krieg in der Ukraine berichtet wird, sei beispielsweise der Frieden auf dem Balkan längst nicht gesichert. Die Attentate, die Europa in den vergangenen Jahren erlebte, seien eine Verlängerung der Kriege in Syrien und im Irak. Nicht zuletzt steige die Waffenproduktion und das Budget fürs Militär in Europa. Das alles und die ständigen Bilder der Zerstörung und des



Claude und Natalya Pantaleoni, Christian Welter und Frédéric Kaps bilden das Komitee des Vereins (v.l.n.r.). Links im Bild die junge Ukrainerin, die am kommenden Mittwoch ihre Geschichte erzählen wird

Foto: cb

menschlichen Leids, die riskierten, Gewalt zu banalisieren, bilden den Hintergrund von „Pour la Paix et contre la Guerre“. Da die Berichterstattung über Konflikte eher

und ihre Sichtweise zeigen. Ein ukrainisches Flüchtlingsmädchen wird etwa bei der Veranstaltung kommende Woche (siehe unten) ihre Geschichte erzählen.

„Frieden in Europa scheint heute weniger sicher als vor 17 Jahren“

CLAUDE PANTALEONI, Präsident „Pour la Paix et contre la Guerre“

„schwarz-weiß“ ausfalle, will die asbl ebenfalls Kontakt mit Menschen vor Ort in Konfliktgebieten oder Flüchtlingen aufnehmen

des Krieges und der Flüchtlinge im Osten der Ukraine. Ab 19.30 im Festsaal des „Lycée de Garçons“ in Esch-sur-Alzette. Der Eintritt ist frei

➔ **Erster öffentlicher Auftritt der Organisation ist am kommenden Mittwoch (27. September), ein Wohltätigkeitskonzert zugunsten der Opfer**

NEWS

CSV: „konzeptloser Reformeifer“ der Regierung

LUXEMBURG Für Bildungsminister Claude Meisch ist dieses Schuljahr eine Art „Erntezeit“, in den Ohren der CSV klingt es eher nach: „Wer Durcheinander sät, erntet Chaos“. Die Christlich-Soziale Volkspartei wies gestern auf einer Pressekonferenz darauf hin, dass bereits seit Juli auf einen Personalmangel im Unterrichtswesen hingewiesen worden sei. Doch erst kurz vor der Rentrée sei an Lösungen „gebastelt“ worden mit dem Resultat, dass zum Schulanfang in bestimmten Teilen des Landes einfach nicht ausreichend Lehrpersonal verfügbar ist. Dies sei „symptomatisch für eine Politik der Ankündigungen, die auf Effekthascherei (Stichwort Tablets) und nicht auf inhaltliche und organisationale Kohärenz setze“. Als unverantwortlich kritisieren die CSV und ihre bildungspolitische Sprecherin Martine Hansen ebenfalls die Vorbereitung auf den Schulanfang in Sachen Mehrsprachigkeit. Das didaktische Material für die Französischförderung im 1. Grundschulzyklus fehle noch. Auch der Umgang mit den ehemaligen Religionslehrern sei unverantwortlich, hätten doch viele von ihnen bis Anfang des Schuljahres nicht gewusst, wo ihre berufliche Zukunft sein wird. Insgesamt zeichne sich die Schulpolitik der Regierung durch einen „konzeptlosen Reformeifer“ aus, es würden mehr Baustellen aufgeworfen, als tatsächlich bearbeitet werden könnten. „Et soll een net méi lasskappen wéi een schëppen kann“, so Hansen. CB



Klage ist in der Mache

Luxemburger Konsumentenschutz will mit Diesel-Affäre vor Gericht ziehen



Der Luxemburger Konsumentenschutz will gegen den Luxemburger VW-Generalimportateur und Konzessionäre vorgehen

Foto: Editpress

LUXEMBURG ULC-Präsident Nico Hoffmann stieg gestern ohne große Umschweife in die Materie ein: „Es sind wichtige Punkte für den Konsumenten“, sagte Hoffmann im Hinblick auf die Schließungen von Bankfilialen, die damit verbundenen Aktionen des ULC und auch den Dieselskandal.

Aber von anfang an: Bereits mehrmals hat die ULC die substantiellen Gebührenerhöhungen der Banken auf den Konten von Privatkunden kritisiert, sei es für Einzahlungen, Überweisungen oder Geldabhebungen.

Banken in die Spur bringen

„Die Leute fühlen sich einfach abgezockt“, sagte Hoffmann. Rund 10.000 Unterschriften wurden gegen die Gebührenpolitik gesammelt, sagte der ULC-Präsident im Rahmen des Pressefrühstücks. Die Postbank, bislang als kundenfreundlich bekannt, erhöhte bekanntlich im Januar 2017 ihre Gebühren

auf 40 Cent für Papierüberweisungen auf ein anderes Postcheckkonto. Vorher war es gratis. Überweisungen auf ein anderes Bankkonto in Eurowährung kosten 60 Cent statt vorher 30 Cent, eine Teuerung von 100 Prozent. Die elektronischen Überweisungen sollen gratis sein. Im Klartext heißt dies, dass die Kunden, falls sie sich die Gebühren ersparen wollen, gezwungen sind, auf das elektronische Banking umzusatteln. „Eine solche Politik ignoriert jedoch wesentlich die Bedürfnisse älterer und behinderter Kunden“, auch die Post sei in einer sozialen Verantwortung, sagte Hoffmann, der Kunde sei wieder mal der Dumme. „Die Postverantwortlichen wissen anscheinend nicht, dass es einen erheblichen Kundenkreis von älteren Mitbürgern gibt, deren Probleme bewusst übergangen werden“.

Hoffmann prognostizierte: „Noch ist E-Banking frei, aber dies wird sich sicherlich auch bald ändern. Von dem Sprichwort, dass der Kunde König sei, ist man schon lange weit weg“, sagte Hoffmann. Daher habe man mit den Unternehmen das Gespräch gesucht und man werde es weiterhin suchen: „Nur bisher konnte nichts erreicht werden. Wettbewerbsfähigkeit und Digitalisierung wurden immer vorgebracht, aber die Interessen des Kunden ignoriert.“ Die Politik stehe hier nun absolut in der Pflicht, vor allem der Finanzminister und der für die Post zuständige Minister. Protestaktionen seien nicht ausgeschlossen, stellte Hoffmann klar.

Gegen VW-Generalimportateur und Konzessionäre

In Luxemburg wurden 43.000 Diesel-Fahrzeuge des Volkswagen Konzerns, deren Motoren mit einer manipulierten Software ausgestattet sind, zugelassen. Wie mittlerweile bekannt, sind die Abgasemissionen der betroffenen Fahrzeuge, ausgestattet mit Diesel-Motoren des Motortyps EA189, im täglichen Fahrbetrieb wesentlich höher als die zur Zulassung im Labor ermittelten Werte. Nun geht der Konsumentenschutz gegen den VW-Generalimportateur sowie Konzessionäre vor. „Hier in Europa reagiert der Konzern überheblich, stellt alles als Kavaliersdelikt dar“, stellte Bob Schmitz in dieser Affäre klar. Doch der Kunde sei schlichtweg getäuscht worden. Gerichtlich gesehen, da es noch keinen Präzedenzfall gibt, „können wir eigentlich nur gewinnen“, sagte Schmitz. Denn diesen Präzedenzfall will man nun kreieren. In Zusammenarbeit, unter anderem mit Belgien und Italien, wolle man diesbezüglich nun in die Offensive gehen. IZ

Gewerkschaften kämpfen gegen Lohndumping

BRATISLAVA Zumindest innerhalb von multinationalen Firmen sollen die Mitarbeiter in verschiedenen Ländern den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit bekommen. Das forderten Europas Gewerkschafter gestern auf einer internationalen Konferenz in Bratislava. DPA

Apess mit neuer Führung

LUXEMBURG Sie fällt knapp und nüchtern aus, die Mitteilung des Wahlbüros der „Association des Professeurs de l'Enseignement secondaire et supérieur“ (Apess): Am Donnerstagabend teilte das von einer außerordentlichen Hauptversammlung eingesetzte Büro mit, dass die Lehrgewerkschaft eine neue Spitze bekommen wird. Das geht zumindest aus dem Ergebnis der Wahl hervor, die am Donnerstag in Dummeldingen stattfand. André Berns konnte demnach 56,3 Prozent der Stimmen erhalten, der bisherige Präsident Daniel Reding lediglich 43,7 Prozent. Ebenfalls die Posten des Vizepräsidenten, des Generalsekretärs und des Schatzmeisters gingen an die Herausforderer um André Berns. 225 gültige Stimmen wurden ausgezählt. CB